



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 386 / 2013

Kiel, Freitag, 23. August 2013

Innen / Verfassungsschutzbericht 2012

Dr. Heiner Garg: Keine voreiligen Schlüsse

In seiner Rede zu TOP 40 (Verfassungsschutzbericht 2012) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion,
Dr. Heiner Garg:

„Zunächst danke ich dem Herrn Innenminister für seinen Bericht. Der Bericht macht insgesamt deutlich, dass wir

- sowohl Erfolge im Kampf gegen jegliche Form des Extremismus verzeichnen können,
- leider aber auch erkennen müssen, dass es Bereiche gibt, in denen sich die Strukturen des Extremismus verfestigt oder verstärkt haben und deshalb weiterhin Wachsamkeit erforderlich ist.

Erfreulich ist sicher, dass die Zahl der politisch motivierten Straf- und Gewalttaten im Bereich des Rechtsextremismus zum wiederholten Male gesunken ist. So schlimm jeder Einzelfall ist, und jede Tat immer eine zu viel ist, so hat sich diese Zahl doch zwischen 2009 und 2012 um mehr als 30 Prozent reduziert. Das ist ein Erfolg, den sich weniger die Politik auf die Fahnen schreiben kann, als dass es eine gesamtgesellschaftliche Leistung ist.

Nicht so erfreulich ist wiederum, dass die Zahl der linksextremistischen Straf- und Gewalttaten im Vergleich zu 2011 angestiegen ist. Zwar befindet sich diese Zahl noch immer auf einem Niveau deutlich unterhalb der rechtsextremistischen Taten, marginalisieren sollten wir dieses Problem politischerseits allerdings nicht. Deshalb müssen wir darauf achten, dass wir im – berechtigten – Streben nach Bekämpfung des Rechtsextremismus den Linksextremismus im Land nicht aus dem Auge verlieren.

Grundsätzlich müssen wir bei jedem Verfassungsschutzbericht überprüfen, ob bzw. welche politischen Konsequenzen wir aus den vorliegenden Informationen ziehen. Der Innenminister hat in seiner Pressemitteilung am 23.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

April dieses Jahres verkündet, eine Konsequenz aus dem Bericht sei das NPD-Verbotsverfahren. Dieses, so der Innenminister, sei – Zitat –

„ein unverzichtbares Mittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus“.

Ihr eigener Verfassungsschutzbericht, Herr Minister, suggeriert aber in Teilen etwas anderes. So heißt es wörtlich in diesem Bericht auf Seite 15:

„Wie in den meisten anderen Bundesländern gelang es der NPD nicht, auch nur ansatzweise ‚bürgerliche‘ Bevölkerungsschichten an sich zu binden.“

Ich erinnere daran, dass die NPD bei der vergangenen Landtagswahl lediglich auf 0,7 Prozent der Zweitstimmen gekommen ist – noch hinter der Familienpartei. Und bei der Kommunalwahl kam die NPD im Landesergebnis auf sage und schreibe 0,1 Prozent! Von einer überbordenden Zustimmung für die Partei ‚NPD‘ wird wohl kein vernünftiger Mensch sprechen können. Können wir angesichts dieser Zahlen aber ernsthaft von einer Gefährdung der Demokratie sprechen, die von der NPD ausgehen soll? Werden unsere Grundfesten durch solche Wahlergebnisse erschüttert?

Außerdem müssen wir uns doch die Frage stellen, ob wir mit einem Verbot rechtsextremem Gedankengut nachhaltig das Wasser abgraben. Erreichen wir wirklich das, was wir zu erreichen wünschen?

Streichen wir damit die entsprechenden Gedanken aus den Köpfen dieser – dankenswerterweise – sehr Wenigen? Meinen Sie wirklich, Herr Innenminister, dass das NPD-Verbot

„ein unverzichtbares Mittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus“

ist? Wer glaubt ernsthaft, ein NPD-Verbot würde dabei helfen?

Der Extremismusforscher Eckhard Jesse schrieb im vergangenen Jahr in der ‚Zeitschrift für Politik‘ zu diesem Thema etwas sehr Interessantes – nämlich:

„Die streitbare Demokratie hat stets eine Güterabwägung zwischen Freiheit und Sicherheit vorzunehmen. Ein Automatismus im Sinne eines Aktivwerdens wohnt ihr nicht inne.“

Und weiter:

„Wer als Reaktion auf den öffentlichen (...) Druck flugs in den populistischen Ruf nach einem Parteienverbot einstimmt, zeigt Hilflosigkeit. Rechtsextremistische Umtriebe bleiben dadurch erhalten; das Gedankengut ist nicht verschwunden. Die Fixierung auf ein NPD-Verbot löst kein gravierendes Problem, provoziert vielmehr eine Reihe neuer Gravamina und Imponderabilien.“

Im Ausschuss werden wir die Gelegenheit haben, über die notwendigen und richtigen Schlüsse aus dem Verfassungsschutzbericht zu beraten. Insofern bin ich gespannt auf diese Beratung.“